

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein englisch-amerikanisches Bündnis?

Harding bietet England Anstellung der Interessensphären an.

Paris, 14. Juni. Wie New York Herald aus Washington erzählt, ist eine englisch-amerikanische Entente gegenwärtig im Weißen Haus ein Beratungsgegenstand erster Ordnung. Die Nachricht, daß der Präsident für einen Plan der Vereinigung aller englisch sprechenden Völker gewonnen sei, habe sehr überrascht. Ob man im Staatsdepartement eine förmliche Allianz mit England ins Auge fasse, sei zweifelhaft; es werde aber möglicherweise ein Handels- und Freundschaftsvertrag mit England abgeschlossen werden.

London, 15. Juni. Der Washingtoner Berichterstatter der Times meldet, daß die Regierung des Präsidenten Harding den Wunsch habe und den Plan verfolge, ein Zusammenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und dem Britischen Reich in allen Fragen der Weltpolitik zu bewerkstelligen. Dieses von der amerikanischen Regierung erstrebte Einvernehmen zwischen den beiden Ländern würde der Times zufolge, ohne eine formelle Allianz zwischen ihnen, die Lösung der verschiedenen unerledigten Probleme ermöglichen und die Ordnung in der Welt wieder herstellen. Der Präsident kündigte an, daß der Vertrag von Versailles von den Vereinigten Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach in nicht ferner Zeit ratifiziert werden wird, allerdings mit weitreichenden Beschränkungen. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß bereits durch Vermittlung des Obersten Rates ein Meinungs-austausch mit den Alliierten stattgefunden habe. In dem Plane des englisch-amerikanischen Zusammenwirkens würde die Seemacht ein wichtiger Faktor sein. Der Plan würde umfassen die Beschränkung der amerikanischen Seemacht auf den Stillen Ozean und die Uebertragung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einflussphäre zur See. Das würde selbstverständlich die Berücksichtigung auf den Gedanken eines englisch-japanischen Bündnisses notwendig machen.

In einem Leitartikel erklärt Times, diese Meldung aus Washington werde vom ganzen Britischen Reich und von der Entente begrüßt werden. Das Blatt fordert, daß die Bande, die England mit Frankreich verknüpfen, nicht gelockert werden. Das Einvernehmen mit Frankreich müsse der Eckstein der kontinentalen Politik Großbritanniens bleiben. Das Einverständnis mit Frankreich würde den Weg für die von Washington vorgeschlagene Politik ebnen, während ein Streit zwischen England und Frankreich über eine Abklärung der Beziehungen zwischen beiden Ländern sehr sicher zur Rückkehr der Vereinigten Staaten zu ihrer Politik der Selbstbeherrschung führen würde. Times erklärt: Nur unsere eigene Torheit oder die Torheit Frankreichs könnte zu einem solchen Unglück führen. Wenn dies Ereignis unglücklicherweise eintreten sollte, dann müßten sich die Gedanken der englischen und der amerikanischen Staatsmänner notwendigerweise dem Abschluß einer engeren Abmachung zwischen den englisch sprechenden Völkern zuwenden. Times gibt der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn diese große Frage im Zusammenhang mit der Frage der Ratifizierung des Versailler Vertrages durch die Vereinigten Staaten vor den Obersten Rat oder die führenden Staatsmänner komme, über Opportunismus und jede Bankelmöglichkeit aufgegeben werde.

Japan macht Amerika Konzessionen.

London, 14. Juni. Nach einer halbamtlichen Mitteilung hält Japan seine Rechte als Mandatarmacht auf gewissen Inseln des Stillen Ozeans, die ihm durch den Friedensvertrag von Versailles zugewiesen worden sind, anrecht. Infolgedessen wird es eine Internationalisierung einer dieser Inseln nicht zugeben, da dies selbst ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles sei. Indessen heißt es, Japan sei bereit, anzugeben, daß die Vereinigten Staaten die vollständige Kontrolle über einige Inseln erhalten.

Eine Propagandareise Joffres.

Paris, 15. Juni. Die französische Regierung beschloß, eine militärische Mission nach Japan zu senden, an deren Spitze Marschall Joffre steht.

Paris, 15. Juni. Wie der Intransigant berichtet, wird sich die Propagandareise des Marschalls Joffre nicht nur, wie heute gemeinet wurde, auf Japan, sondern auch auf China und die Vereinigten Staaten von Amerika erstrecken.

Frankreich fordert einen kapitalistischen Wiederaufbau.

Berlin, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, wird der Wiederaufbau-minister, Dr. Rathenau, im Reichswirtschaftsrat nähere Ausführungen über die in Wiesbaden geführten Besprechungen und über Einzelheiten seiner Wiederaufbaupläne geben. Nach den Informationen unseres Korrespondenten ist es sehr unwahrscheinlich, daß der Gedanke einer gemischtwirtschaftlichen Regelung der Wiederaufbauprobleme noch zur Diskussion stehen kann. Der Minister Doumer hat auf das energischste erklärt, daß er jede Regelung der Wiederaufbaulieferungen von Staat zu Staat ablehne und nur mit dem direkten Verkehr der Industriellen beider Länder einverstanden sei. Rathenau wird also diesen Wünschen des französischen Wiederaufbauministers Rechnung tragen und eine gemischtwirtschaftliche Regelung zurükstellen müssen.

Das heißt auf deutsch: Der Großkapitalist Doumer und der Großkapitalist Rathenau haben sich dahin geeinigt, ihren Klasseninteressen, die sich an den Kriegsgewinnen noch nicht sattgesehen haben, noch riesige Wiederaufbauprofiten zuzuschauen. Wir haben das ja von allem Anfang an keiner Täuschung darüber hingee-

geben, daß die Verankerung Rathenaus, es dürften nicht zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern noch Reparationsgewinnlern hinzutreten, für den Resten Rathenau nur den Wert eines geistreichen Wortspiels habe. Der Großkapitalist Rathenau denkt anders; er ist drauf und dran, den Wiederaufbaugewinnlern den Weg zu bahnen.

Aus dem bayerischen „Ordnungs“staat.

Der Münchner Polizeipräsident Pöschner hat in seiner Eigenschaft als Staatskommissar für München Stadt und Land unterm 13. Juni zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit“ folgende Anordnung getroffen:

1. Der Vertrieb, die Verbreitung und die Verteilung der Berliner Tageszeitung Freiheit wird mit sofortiger Wirksamkeit verboten.
2. Die Oberpostdirektion München wird veranlaßt, alle bei den Postanstalten ankommenden Stücke der verbotenen Druckschrift den Adressaten vorzuenthalten und der Polizeidirektion München einzuliefern.
3. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Verlag der Freiheit zur Last. Gebühren bleiben außer Anschlag.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß auch die Verbreitung der roten Fahne in München-Stadt und Land verboten ist. Das Verbot der Freiheit wird damit begründet, daß das Blatt die Ermordung des Genossen Gareis zum Anlaß einer „maßlosen Hege gegen die bayerische Regierung“ benützt habe. Die Sprache der Freiheit sei im höchsten Maße geeignet, die Schwierigkeiten in Bayern, hauptsächlich in München, zu vermehren und die Massen noch weiter zu verheizen. Dadurch werde die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit ganz erheblich gefährdet.

Wenn bayerische nationalistische und antisemitische Schabläufer fast täglich zu Gewalttaten gegen politische Gegner und selbst zum Mord auffordern, wenn sie durch ihre tägliche Hege eine Pogromstimmung erzeugen, die sich in solchen Schandthaten wie dem Meuchelmord an dem Genossen Gareis auswirkt, so föhrt das die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Hochbayern nicht. Die Ordnung und die Ruhe werden aber gestört, wenn sozialistische Blätter diese schmachvollen Zustände kritisieren. Es ist wirklich eine wunderwolle Einrichtung, was sich da bürgerlicher Ordnungsstaat nennt.

Die „entwaffnete“ Einwohnerwehr.

München, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Vom Dienstag, dem 9., bis Sonntag, dem 12. Juni, fand in Priem am Chiemsee ein großes Einwohnerwehrtage mit Fahnenweihe statt, an dem auch der stellvertretende Landeshauptmann, Herr Ober-Geometer Kanzler teilnahm. Das Einwohnerwehrtage war zunächst vom Bezirksamt verboten, die Einwohnerwehrtage erklärte aber, das Bezirksamt habe ihr gar nichts dreinzureden, sie schiessen solange, als es ihr behagt. Und im Bezirk, den die Chiemgauer Zeitung am 14. Juni gibt, wird auch der Freude darüber Ausdruck gegeben, daß die Gewehre so lustig knatterten und daß es in Deutschland immer noch Männer gäbe die sich vor nichts fürchteten, was auch kommen möge.

Dieses Vorgehen zeigt, wie die Einwohnerwehr „entwaffnet und aufgelöst“ wird. Die Reichsregierung scheint aber immer noch das Vertrauen zu der bayerischen Regierung zu haben, daß sie die Entwaffnungstermine pünktlich einhält, obwohl der erste Entwaffnungstermin, der 10. Juni, bereits vorbei ist.

Kofens Nachfolger im Haag.

Berlin, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, wird die Berufung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Dr. Hanick, zum Gesandten im Haag in den nächsten Tagen erfolgen. An Stelle Hanicks wird der Kopenhagener Gesandte, Dr. Neurath, zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt berufen werden.

Ablehnung der Unternehmervorschlage durch die englischen Bergarbeiter?

London, 16. Juni. Die Abstimmung unter den Bergarbeitern in Südwales zeigt bisher eine überwältigende Mehrheit für die Ablehnung der Vorschläge der Bergwerksbesitzer. Auch in Monmouthshire sind die Bergarbeiter ungefähr alle für die Ablehnung der Vorschläge.

Finanzielle Hilfe aus Russland.

Moskau, 13. Juni. (Kosta.) Auf Beschluß des Zentralkomitees der Bergarbeitergewerkschaften haben die Bergarbeiter am Sonntag, dem 12. Juni, zugunsten der streikenden englischen Bergarbeiter gearbeitet und den Erlös dieses Tages den englischen Bergarbeitern zugewendet.

Ein Bekenntnis zur Diktatur.

Deutschland wird gegenwärtig von Regierungen beherrscht, die nicht nach dem Grundsatz der parlamentarischen Demokratie, daß die Regierung nur ein Ausschuß der Parlamentsmehrheit zu sein habe, aufgebaut sind. Im Reich sowie im weitaus größten Bundesstaate Preußen herrschen seit geraumer Zeit Minderheitsregierungen, die sich nur dadurch voneinander unterscheiden, daß die Reichsregierung seit dem Wiedereintritt der Rechtssozialisten in die Koalition nach außen hin nicht ganz so reaktionär auftritt wie die preussische Regierung. Dennoch aber ist in beiden Fällen mit dem Prinzip der formalen parlamentarischen Demokratie gebrochen worden.

Wie konnte es in einem Lande, in dem die ausschlaggebenden Schichten der Bevölkerung angeblich so demokratisch gesinnt sind, dazu kommen? Wurde uns nicht von rechts und links, vom Bürgertum und von den Rechtssozialisten gepredigt, daß nur in der Demokratie das Heil liege, daß in dem komplizierten und feindifferenzierten Organismus der modernen Gesellschaft die Diktatur einer Klasse unmöglich sei, daß in ihm die Herrschaft auf breiterer demokratischer Grundlage, die sich auf den Willen der Mehrheit des Volkes stützt, ausgeübt werden müsse? Das ist die Theorie des Bürgertums; und wie sieht seine Praxis aus? Seit den Reichstagswahlen im Juni des vorigen Jahres übt es seine Herrschaft im Reich und seit den Preußenwahlen im Februar dieses Jahres seine Herrschaft in Preußen durch eine Regierung aus, die wohl die tatsächliche Macht, aber nicht die parlamentarische Mehrheit hinter sich hat.

Wie ist diese Wandlung der Verfassungsformen, die hier in aller Stille und ohne bisher einen gesetzlichen Ausdruck gefunden zu haben, vor sich gegangen ist, zu erklären? Die Antwort wird uns nicht schwer fallen, wenn wir unterfragen, seit wann das Bürgertum demokratisch geworden ist und wie lange es an der Demokratie festgehalten hat. Vor dem 9. November 1918 fand es sich vorzüglich mit dem verdeterten Absolutismus der sogenannten konstitutionellen Monarchie ab, weil es in der Dynastie und im Militarismus die starke Hand sah, die seine Interessen schützte. Erst am Tage des Zusammenbruchs der Macht, die schließend hinter ihm stand, wurde es plötzlich demokratisch, weil die Demokratie allein es vor dem Ansturm des Proletariats retten konnte. Die Bourgeoisie konnte sich damals hinter die zurückgelassenen Teile der Arbeiterschaft und die zwischen den proletarischen und kapitalistischen Klassen hin- und herschwankenden Zwischenschichten verbergen, die rein zahlenmäßig eine schwache parlamentarische Mehrheit bildeten, während die realen Machtverhältnisse sich durch die Revolution zugunsten des Proletariats verschoben hatten. Damals hätte das Proletariat trotz des Fehlens einer parlamentarischen Mehrheit, aber kraft der realen Machtverhältnisse die Herrschaft erringen können, wenn nicht ein großer Teil der Arbeiterschaft noch zu unreif gewesen wäre und aus Mangel an politischem Nachwillen freiwillig die reale Macht in die Hände der Bourgeoisie zurückgelegt hätte: wirtschaftlich durch den Verzicht auf die Sozialisierung, politisch durch die Einberufung der Nationalversammlung und militärisch durch die Aufrichtung des Kaiserregimes.

Seitdem aber die Bourgeoisie dank der rechtssozialistischen Politik der Selbstausgabe wieder fest im Sattel sitzt, pfeift sie auf den Parlamentarismus und die Demokratie. Und wenn sie bisher noch den Schein gewahrt hat, fühlt sie sich jetzt sicher genug, die Maske abzuwerfen und sich zu der Theorie zu bekennen, die Marx in seiner materialistischen Geschichtsauffassung aufgestellt hat und die allein uns die Erkenntnis der politischen Vorgänge und Machtverhältnisse erschließt: daß die politische Machtverteilung nur der Widerschein der realen, d. h. wirtschaftlichen Machtverteilung ist, daß die wirtschaftliche Klassenherrschaft oder Diktatur auch politisch zur Herrschaft oder Diktatur dieser Klasse führen muß, ganz gleichgültig, wie die äußeren Formen der politischen Verfassung sind.

Der preussische Ministerpräsident Stegerwald, der mit Hilfe der Rechtssozialisten ans Ruder kam, aber sich nun mit Energie und sichtbarem Erfolg dagegen wehrt, sie in die Regierung hineinzulassen, trotz all ihres Bittens und Flehens und ihres Hinweises auf die Veränderung der Regierungskoalition im Reich, hat sich gestern, um seinen undemokratischen Standpunkt zu rechtfertigen, in einem Interview mit dem Chefredakteur der Germania frank und frei zur Diktatur der Bourgeoisie bekannt. Er hat sein Bekenntnis in die Form gekleidet, daß jegliche Herrschaft nicht auf der Grundlage der formalen Demokratie, sondern der politischen Realitäten, d. h. der tatsächlichen Klassenherrschaft ausgeübt werden.

„Bei der Frage der Umbildung der preussischen Regierung“, sagte er,

Bei dieser Frage ringen zwei Anschauungen miteinander: Von der einen Seite werden mehr die Staatsnotwendigkeiten in den Mittelpunkt der inneren Politik gestellt, auf der anderen Seite werden die parteipolitischen Strömungen als Ausgangspunkt der innerpolitischen Politik angesehen. Die eine Seite geht von einer formalistisch-demokratischen Denkweise aus, die andere von den tatsächlichen politischen Realitäten und Möglichkeiten. Was unter formalistisch-demokratischer Denkweise zu verstehen ist? Die Frage läßt sich am besten durch Beispiele erläutern: